

Liebe Leserinnen und Leser,  
hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 14. November 2013. Zu Beginn der Sitzung wurden neue Ratsmitglieder verpflichtet: Bergit Fleckner-Olbermann (SPD) und Klaus Egbers (CDU) ersetzen die in den Bundestag gewählten Andreas Rimkus und Sylvia Pantel. Dr. Manfred Röhl (FDP) und Irmtraud Blumenroth (BÜ 90/Die Grünen) ersetzen Michael Lattka und Jens Petring, die ihre Mandate niedergelegt haben.

### **Aktuelle Anfragen**

Der Rat lehnte es ab, eine aktuelle Anfrage der Linken zu Vermietungen von Campingplätzen am Unterbacher See auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Oberbürgermeister empfahl, dies in den Gremien des Zweckverbandes Unterbacher See zu besprechen.

Aufgrund einer Anfrage von BÜ 90/Die Grünen, erläuterte die Verwaltung, dass im Rahmen des „RegioGipfel Rheinland“ vereinbart wurde, eine **Resolution zur Bewertung der Umsetzung der Energiewende** an die Bundesregierung zu richten. Das Ergebnis des Abstimmungsprozesses soll dem Umweltausschuss vorgestellt werden. Die Verwaltung verwies auf die Position des Deutschen Städtetages, der eine bessere Koordinierung der Energiepolitik von Bund und Ländern fordert.

Die freien Wähler fragten, warum **Ratsmitglieder in spe auf der Internetseite** präsentiert werden. Dies bezog sich auf das Ratsmitglied Dr. Matthias Röhl. Die Verwaltung erklärte, dass dieser nach Annahme des Mandats auf der Internetseite aufgeführt wurde.

### **Anfragen**

Aufgrund einer Anfrage der CDU zum **Albrecht-Dürer-Berufskolleg** teilte die Verwaltung mit, dass die städtischen Grundstücke an der Moskauer Straße nicht wirtschaftlich mit einem Schulgebäude bebaut werden können. Das städtische Grundstück an der Völklinger Straße bietet sich nach Auffassung der Verwaltung für einen Neubau eines 4-geschossigen Schulgebäudes an, auch im Hinblick auf das benachbarte Ausbildungszentrum der Handwerkskammer. Zusätzlich könnte ein Wohngebiet entstehen. Der Bedarf für eine Sporthalle soll im weiteren Verfahren geklärt werden. Das Raumprogramm und das Finanzierungsmodell werden zur Zeit erarbeitet. Die Verwaltung rechnet mit einer Fertigstellung des Schulgebäudes Ende 2017.

Auf die Frage der freien Wähler, ob es noch **ehemalige Mitglieder der NSDAP** gibt, die im Besitz der **Ehrenbürgerschaft** sind oder sich auf anderen Ehrenlisten befinden, antwortete die Verwaltung, dass nicht nur die Mitgliedschaft sondern auch das Verhalten bewertet werden müssten. Die Ehrenbürgerschaft erlischt mit dem Tod. Noch lebende Ehrenbürger sind der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel, der 1941/42 Mitglied der NSDAP war, und Herr Udo von Meeteren.

Die Freien Wähler fragten nach **WLAN in den Stadtteilen**. Die Verwaltung teilte mit, dass die Firma Wall AG zunächst bis zu 30 Hotspots in Verbindung mit Stadtinformati-onsanlagen in der Altstadt, im Medienhafen und der Messe einrichtet. Später sollen 20 weitere an Punkten mit hoher Publikumsfrequenz hinzukommen.

Ratsherr Krüger fragte nach der geänderten **Abgrenzungssystematik für umsatzsteuerpflichtige Tätigkeitsbereiche in Kommunen** im Hinblick auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes. Die Verwaltung erläuterte, dass die Überlassung von Sportanlagen bereits jetzt im Betrieb gewerblicher Art erfolgt. Hinsichtlich der von der Steuerpflicht betroffenen interkommunalen Kooperation verwies die Verwaltung darauf,

dass der Deutsche Städtetag mit der Finanzverwaltung im Gespräch über mögliche Ausnahme- oder Kompensationsregelungen ist. Bis 2018 findet die neue Rechtsprechung keine Anwendung.

Die freien Wähler fragten nach den **Steuereinnahmen** und der **Netto-Finanzposition**. Von Januar bis Oktober wurden 1.061 Mio Euro vereinnahmt, davon 628 Mio Gewerbesteuer. Während der Stadtdirektor davon ausgeht, dass die kalkulierten Gewerbesteuer-einnahmen im Gesamtjahr erreicht werden können, wird bei den sonstigen Steuern erwartet, dass sie nicht in voller Höhe erzielt werden können. Die Nettofinanzposition der Stadt belief sich zum 31.10.2013 auf 165 Mio Euro gegenüber 269 Mio zum 31.12.2012.

### **Anträge der Fraktionen**

In der vergangenen Sitzung ist auf Antrag von SPD, BÜ 90 und FDP (gegen eine CDU Stimme) ein Appell an die **Stadtduma der Partnerstadt Moskau** beschlossen worden, sich für die Aufhebung des kürzlich erlassenen Gesetzes gegen Homosexuellen-Propaganda stark zu machen und sich aktiv gegen Diskriminierung und Verfolgung von Schwulen, Lesben, Bi-, Inter- und Transsexuellen in Russland zu engagieren. Die CDU und die freien Wähler hatten nicht an der Abstimmung teilgenommen, weil dieser Antrag nach ihrer Auffassung nicht in die Zuständigkeit und Befassungskompetenz des Rates fällt. Der Oberbürgermeister hat wie zuvor angekündigt, den Beschluss angefochten. Nunmehr beschloss der Rat bei Enthaltung der CDU und der freien Wähler eine **Resolution**: Mit Betroffenheit nimmt der Rat die aktuelle Entwicklung in Russland zur Kenntnis und sorgt sich um die weitere Gestaltung der Städtepartnerschaft. Das Gesetz zum Verbot von Homosexuellen-Propaganda hat die ohnehin schon schwierige Lage der Schwulen und Lesben in Russland weiter verschärft und berührt auch die Kontakte zwischen den Städten. Der Rat unterstützt die Aussagen der Verwaltung, dass die Partnerschaften und Freundschaften kein Selbstzweck sind. Sie müssen mit Inhalten gefüllt werden, die über Proklamation und Festreden hinausgehen. Im Hinblick auf den Austausch im Jugend-, Kultur-, Wirtschafts- und Sportbereich fordert der Rat den Oberbürgermeister auf, auch unter der Maßgabe der Fürsorgepflicht für die mitreisenden Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die oben formulierte Haltung bei den nächsten Kontakten anzusprechen und die kritische Haltung der Stadt zu der homophoben Gesetzgebung und deren Folgen deutlich zu machen.

Alle Fraktionen lehnten den Antrag der freien Wähler, **Betriebskindergärten** für Mitarbeiter/innen der Stadt, der städtischen Gesellschaften und kommunalen Unternehmen einzurichten ab, weil es diese bereits gibt.

Alle Fraktionen lehnten den Antrag der freien Wähler ab, die **Besteuerung von sexuellen Handlungen und Vergnügungen** in die Vergnügungssteuersatzung aufzunehmen.

Der Antrag von BÜ 90, die Verwaltung zu beauftragen, ein **Konzept zu einem anwenderfreundlichen und zeitgemäßen Ratsinformationssystem** zu entwickeln mit einer optimierten Volltextsuche inklusive Ergebnisausgabe, wurde einstimmig in den Personal- und Organisationsausschuss verwiesen.

Der Antrag der Linken, darauf hinzuwirken, dass bei Grundstücksverhandlungen mit privaten Dritten die Vertragspartner mit einer **Behandlung der Grundstücksangelegenheiten in öffentlicher Sitzung** einverstanden sind und die Grundstücksangelegenheiten, die städtische Gesellschaften betreffen, grundsätzlich in öffentlicher Sitzung zu behandeln, wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Über einen Änderungsantrag von BÜ 90, ein Konzept für mehr Transparenz zu erarbeiten und Ausschreibungen zur Veräußerung von Grundstücken dem Fachausschuss in öffentlicher Sitzung vorzustellen, wurde dann nicht mehr abgestimmt.

Abgelehnt von allen Fraktionen wurde der Antrag der Linken, mit den Stadtwerken Düsseldorf Verhandlungen zur **Einführung eines Strom-Sozialtarifs** für Düsseldorf-InhaberInnen aufzunehmen. Über einen Änderungsantrag von SPD und BÜ 90, ein Konzept zu erarbeiten mit dem Ziel, die Energiekosten einkommensschwacher Haushalte nachhaltig zu senken, wurde nicht mehr abgestimmt.

Der Antrag der Linken, **Hundetoiletten** im Bereich des Rathauses aufzustellen wurde von CDU, FDP, SPD und BÜ 90 abgelehnt, Enthaltung freie Wähler.

Der Antrag der SPD, die Verwaltung mit der **Vorbereitung und Durchführung eines architektonisch-städtebaulichen Ideenwettbewerbes für den Bereich des Gustav-Gründgens-Platzes sowie der Tuchtinsel** zu beauftragen und die Wettbewerbsergebnisse im Wege eines formalen Planänderungsverfahrens in die verbindliche Bauleitplanung einzuarbeiten, wurde von CDU, FDP, BÜ 90, freien Wählern abgelehnt. Über den Änderungsantrag von BÜ 90, ein offenes und partizipatives Verfahren zur Nutzung und Ausgestaltung der Baufelder und Freiflächen im Bereich zwischen Schauspielhaus, Dreischeidenhaus, Libeskind-Gebäuden und Tuchtinsel durchzuführen, wurde nicht mehr abgestimmt.

### **Verwaltungsvorlagen**

Der Rat stimmte den Regelungen zu den Grundsätzen von **Ermächtigungsübertragungen** zu. Vor Einbringung des Jahresabschlusses wird der Rat über die Übertragungen informiert (Enthaltung Linke).

Der Rat beschloss einstimmig eine **Richtlinie zur Förderung von grünen Innenhöfen, begrünten Dächern und neugestalteten Fassaden** im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ im Gebiet **Rath/Mörsenbroich**. Private Initiativen der Hausbesitzer, die im Modellvorhaben „KIQ-Kooperation im Quartier mit privaten Eigentümern zur Wertsicherung innerstädtischer Immobilien – Düsseldorf Stadtteilzentrum Westfalenstraße“ für das Quartier aktiviert werden sollen, können durch die Bezuschussung von Fassadengestaltungen und Hausbegrünungen seitens der Stadt unterstützt werden, und zwar mit max. 30 Euro je Quadratmeter gestalteter Fläche (20 Euro nicht straßenseitige Maßnahmen). Die veranschlagten Mittel von insgesamt 150.000 Euro für die Jahre 2013 bis 2016 werden vom Land mit voraussichtlich 60 % gefördert.

Der Rat beschloss einstimmig im Rahmen des Programms „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ für das Entwicklungskonzept **Innenstadt-Südost** eine Richtlinie zur Förderung von grünen Innenhöfen, begrünten Dächern und neugestalteten Fassaden. Der Zuschuss beträgt max. 30 Euro je gestalteter Fläche. Die veranschlagten Mittel von 900.000 Euro für die Jahre 2013 bis 2016 werden vom Land mit voraussichtlich 60 % gefördert.

Bei Enthaltung der Linken änderte der Rat die **Richtlinien für den Erwerb von Mietpreis- und Belegungsbindungen**. Die Belegungsbindung kann wahlweise für zehn oder fünfzehn Jahre festgelegt werden. Der Zuschuss wird von 2 Euro auf 2,20 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche erhöht.

Bei Enthaltung der Linken änderte der Rat die **Richtlinien zur Förderung der Errichtung von Mietwohnungen in der sozialen Wohnraumförderung** durch Gewährung von städtischen Darlehen für den Grunderwerb. In Anpassung an veränderten Landesbedingungen wird für die ersten 10 Jahre ab Bezugsfertigkeit auf eine Verzinsung verzichtet.

Der Rat beschloss einstimmig, das Eigentum an dem **Gemälde „Wilhelm Schadow“** im Rahmen der Restitution an den Nachlass Max Stern zu übertragen. In Aussicht gestellt

wurde, dass der Nachlass Max Stern das Gemälde als Dauerleihgabe dem Stadtmuseum zur Verfügung zu stellt.

Einstimmig beschloss der Rat eine **Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirates sowie die Geschäftsordnung** als Satzung. Der Seniorenbeirat wird auf 20 stimmberechtigte Mitglieder ausgeweitet. Auch die 10 Stellvertreter und Stellvertreterinnen aus den Stadtbezirken sollen stimmberechtigt sein. Der oder die Vorsitzende und die zwei stellvertretenden Vorsitzenden sollen aus den Reihen der 20 stimmberechtigten Mitglieder gewählt werden. Die nächste Wahl des Seniorenbeirats findet im März 2014 statt.

### **Personalien**

Der Rat wählte einstimmig anstelle von Andreas Rimkus Rajiv Strauß (SPD) in den Aufsichtsrat der Jugendberufshilfe Düsseldorf gGmbH und Harald Neuhaus anstelle von Sylvia Pantel in das Kuratorium der Volkshochschule. Hier ist die SPD unverändert durch Prof. Dr. Rudi Voller vertreten.

Es erfolgten Ausschussumbesetzungen. Aus Sicht der SPD wichtig:

Jugendhilfeausschuss: Rajiv Strauß anstelle von Andreas Rimkus, persönliche Stellvertretung Claudia Bednarski

Sportausschuss: Bergit Fleckner-Olbermann anstelle von Andreas Rimkus

Wohnungsausschuss: Bergit Fleckner-Olbermann anstelle von Andreas Rimkus

Der Rat bestellte die Mitglieder des Gutachterausschusses für Grundstückswerte: Martin Busse, Klaus-Dieter Holst, Maike Holtrup, Thomas Jansen, Rüdiger Reckling und Anastasia Winandy.

### **Bauen**

Der Rat stimmte (gegen Linke bei Enthaltung eines freien Wählers) der Änderung des Ausführungs- und Finanzierungsbeschlusses zum **Bau der Wehrhahn-Linie** auf Gesamtkosten in Höhe von 828,7 Mio Euro brutto sowie 14,9 Mio Euro brutto für die Sonderbaumaßnahme Jüdischer Friedhof zu, der im Bereich der Benrather Straße gefunden wurde. Die Kostenerhöhung gegenüber dem Beschluss aus 2011 über 748,1 Mio Euro resultiert aus Preisgleitklauseln, Veränderungen im Bauablauf der Schildfahrt zur Risikominimierung, Baugrundhindernissen, geologischen Veränderungen unter dem Kaufhof und dem Bahnhof Schadowplatz sowie verlängerten Aufgefrierzeiten. Mit den Zuwendungsgebern wurde Gespräche über die Kostenerhöhungen geführt, sodass davon ausgegangen wird, dass der Eigenanteil der Stadt unverändert bei 237,8 Mio Euro liegen wird.

Der Rat beauftragte die Verwaltung mit der Planung und Kostenberechnung für das Projekt

- **Stadtbahn U 81, 1. Bauabschnitt Freiligrathplatz-Flughafen Terminal** mit vorläufigen Gesamtkosten von 154,2 Mio Euro. Die 1,9 km lange Strecke soll mittig zwischen den ebenerdigen Bestandsgleisen der U 79 mit einem Rampenbauwerk auf eine neue Brücke über den Nordstern geführt werden und in Richtung Osten die Danziger Straße, die Verteilerebene des Nordstern nebst Rampen und die A 44 überqueren. Über eine Rampe sollen die Stadtbahngleise ins Niveau der neuen Flughafenstraße führen. Am westlichen Ende des Gewerbepark „Airport City“ wird die Stadtbahntrasse von der Oberfläche in die Ebene -1 und dann in den Bereich unterhalb des geplanten Terminals D geführt. Hier wird der neue U-Bahnhof Flughafen Terminal angeordnet. Für die Planung wurden bisher 2,58 Mio Euro bereitgestellt. Weitere 12 Mio werden für die Jahre 2014 bis 2017 eingeplant. Im Herbst 2014 sollen der Planfeststellungsantrag und der Zuwendungsantrag gestellt werden. Baubeginn könnte 2016 erfolgen, mit der Fertigstellung wird Ende 2019 gerechnet. Der Rat beauftragte wie Verwaltung, die Förderfähigkeit von Tunnellösungen sowie weitere Varianten zu prüfen: zusätzlicher Haltepunkt „Airport City“, Trasse durch den Nordstern auf Ebene der Danziger Straße mit Ampelsteuerung, Neukonstruktion der parallel zur Lilienthalstraße verlaufenden Rampe

unter Berücksichtigung des Abrisses der Fußgänger- und Radfahrerbrücke über die Danziger Straße. In Workshops sollen auch mit Bürgerinnen und Bürgern Informationen ausgetauscht und Lösungen für anwohnerspezifische Anliegen erarbeitet werden (gegen Linke);

- **Klärwerk-Nord**, Optimierung Energieerzeugung und Energieverteilung mit vorläufigen Gesamtkosten von 8,8 Mio Euro. Es soll ein neues Blockheizkraftwerk in Betrieb genommen und die Kesselanlage sowie die Wärmeverteilungsrohrleitungen werden altersbedingt ausgetauscht werden. Die Inbetriebnahmen sind 2019 bis 2023 vorgesehen (einstimmig).

## Planungsrecht

Der Rat

- änderte den Aufstellungsbeschluss für die Flächennutzungsplanänderung **Weizenmühlen/Kesselstraße** (Enthaltung Linke) und beschloss gegen Linke, einen Bebauungsplan aufzustellen. Das 2003 beschlossene Handlungskonzept „Perspektiven für den Düsseldorfer Hafen“ wird dahingehend verändert, dass auf der Halbinsel Kesselstraße kein Mischgebiet mit anteiliger Wohnnutzung mehr vorgesehen ist. Die Mischung mit Wohnanteilen wird an der Westseite der Speditionsstraße enden. Für den östlichen Bereich der Halbinsel Kesselstraße ist nun ein Gewerbegebiet vorgesehen mit Nutzungen, die im Hinblick auf die benachbarten Hafenbetriebe und die Wohnnutzungen in der Umgebung verträglich sind. Beiderseits der Weizenmühlenstraße wird ein Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Hafen ausgewiesen. Die Spitze der Landzunge sowie die Flächen am Kopfende des Hafenbeckens B werden als Gewerbegebiet ausgewiesen. Die gesamte Landzunge Speditionsstraße wird als gemischte Baufläche dargestellt, das ursprüngliche Bebauungsplanverfahren „Kesselstraße“ wird eingestellt (einstimmig);
- verlängerte einstimmig die Veränderungssperre für die **Golzheimer Siedlung** bis zum 31.12.2014. Zur Zeit wird ein Bebauungsplan erarbeitet mit dem Ziel, Rahmenbedingungen für behutsame Veränderungen der überwiegend aus Einfamilienhäusern bestehenden Siedlung zu definieren;
- änderte einstimmig den Flächennutzungsplan **Am Heerdter Krankenhaus**. Durch beabsichtigte Funktions- und Nutzungsoptimierung des Dominikus-Krankenhaus-Areals kann der westliche und nördliche Bereich der bisherigen Krankenhausfläche einer neuen Nutzung zugeführt werden. Im Anschluss an das im Westen der Kribbenstraße befindliche Wohngebiet sollen Wohnbauflächen und wohnverträgliche Nutzungen entwickelt werden. Im Mischgebiet entlang der Pariser Straße und der Straße Am Heerdter Krankenhaus sollen Seniorenwohnungen, eine Großtagespflegestelle, ein Ärztehaus, ein Parkhaus und das Krankenhaus untergebracht werden. Die Konzeption des Krankenhauses sieht vor, nicht mehr benötigte Baukörper abzureißen und die Bestandsgebäude im südöstlichen Grundstücksteil zu modernisieren.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen  
Helga Leibauer